

Statement Detlef Hensche,  
Vorsitzender der IG Medien:

---

Wir erleben, dass sich in zunehmendem Maße in den Betrieben, nicht zuletzt verursacht durch immer mehr dienstleistungsorientierte Arbeiten, unterschiedliche Arbeitsfelder ent-

wickeln, die die tarifvertragliche überbetriebliche Einheitslösung prekär machen. Das ist in meinen Augen auch der berechtigte Kern von Forderungen, im Tarifvertrag Vorsorge zu treffen, dass betriebliche Besonderheiten angemessen berücksichtigt werden. Das Kunststück zu bewerkstelligen, betrieblicher Differenzierung Spielraum zu lassen, ohne gleichzeitig Unterbietungswettbewerbe zuzulassen, das ist die Meisterleistung, vor der die Gewerkschaften stehen. Sie haben die Patentlösung noch nicht gefunden; die Ansätze des Menue-Systems oder der Cafeteria-Lösung gehen wohl in die richtige Richtung, aber es ist so etwas wie konzeptioneller Stillstand eingetreten. Zweitens, das Thema Arbeitszeit. Die Gewerkschaften haben seit Jahrzehnten ein schutzmächtiges Arbeitszeitregime am Maßstab der Stundenzahl aufgebaut, das tarifvertraglich hervorragend funktionierte, zusammen mit den Normen des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes. Dieser Schutzmechanismus entfällt in dem Maße, in dem die Menschen aufgaben- und projektorientiert arbeiten. Wir erleben das seit zwanzig Jahren im Journalismus. Ich halte es für notwendig, nach anderen Formen zu suchen. Stichworte sind Blockfreizeiten, Sabbatical usw. Damit wird allerdings nicht das zweite Problem gelöst: Wie schaffe ich die betriebliche Kontrolle? Brauchen wir für solche Art von Beschäftigung Formen der Selbstorganisation und Selbstkontrolle der Arbeitszeitsphären? Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, in der weiteren Arbeitszeitentwicklung die unverändert diskriminierende Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu überwinden, werden sie einen Teil der Zukunft nicht gewinnen. Wir müssen uns von der Vorstellung des Normalarbeitsverhältnisses verabschieden, das ja nur deshalb funktioniert hat, weil hinter dem Rücken des Normalarbeiters die Frau die gesamte Reproduktionsarbeit unbezahlt übernahm. Diese Rollenteilung lässt sich nicht weiter durchhalten. Aber wenn wir mit dem Anspruch auf Emanzipation, Chancengleichheit, Teilhabegerechtigkeit auftreten, dann gilt es hier wirklich umzudenken. Das ist eine Art kultureller Revolution vergleichbar, zu der tarifvertragliche Rechte, gesetzliche Maßnahmen, Sozialversicherungsreformen, Anreizsysteme und vieles andere mehr gehören. In den eigenen Reihen haben wir uns um die Zusammensetzung der Gremien zu kümmern, die im Grunde die industrielle Arbeitswelt von gestern reproduzieren.

Zum Grenzfall freiberuflicher Arbeit kann ich als Vertreter der IG Medien etwas mehr sagen. Vorweg zur These des permanenten Mitgliederschwundes: Die IG Medien wächst im Sektor Journalismus seit 1989 ohne jeden Knick, ebenso bei den Künstlerinnen und Künstlern, während uns im industriellen Bereich die Basis wegbricht. Im Mikrokosmos der IG Medien lässt sich die Umschichtung der Beschäftigungsverhältnisse gut studieren. Für freiberuflich Tätige entfällt all das, was wir in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzt haben an tarifvertraglicher Verlässlichkeit, an Tarifnormen und an betriebsverfassungsrechtlicher Kontrolle. Da gilt es ähnliche Mechanismen zu entwickeln, die Künstlersozialversicherung ist ein solches Beispiel. Aber es gilt auch, die gewerkschaftliche Praxis zu ändern: Beratungsdienste, die jederzeit erreichbar sind, möglichst auch nachts; Professionalisierungsangebote, wie wir sie bereits für freiberuflich tätige Publizistinnen/Publizisten und Künstlerinnen/Künstler machen. Ich gehe davon aus, dass in diesen Berufsfeldern kollektive Gegenwehr mittels Netzwerken organisiert werden wird, was etwas anderes ist als der klassische Streik.

Es trifft wohl zu, dass allzumal junge Menschen immer weniger bereit sind, sich auf Dauer zu binden. Deshalb frage ich mich: Stimmt eigentlich die Struktur, die sich die Gewerkschaften vor mehr als 100 Jahren als Verein gegeben haben, noch und erfüllt sie die Erwartungen der Zukunft? Im vorigen Jahrhundert haben sich die Gewerkschaften zu nicht-rechtsfähigen Vereinen zusammengeschlossen. Die Mitglieder haben einen Stundenlohn pro Woche in die Kasse gelegt, aus dieser Kasse wurden die Freigestellten, die Gewerkschaftsfunktionäre, sie

hießen eine Zeit lang Gewerkschaftsbeamte, finanziert, und der Gewerkschaftsbeamte als Vereinsangestellter war und ist für alles zuständig. Ich zweifle, ob diese Konstruktion des vereinsrechtlich organisierten Selbsthilfeclubs noch so funktioniert. Denn sie steht und fällt mit der Bereitschaft der Menschen, sich auf Dauer zu binden. Mit einer fluktuierenden Mitgliedschaft lässt sich schlecht planen. Inzwischen wechseln viele Menschen häufig Beruf und Branche - wie wollen sie sich da an eine Gewerkschaft binden? Müssen die Gewerkschaften nicht mindestens als Option darüber nachdenken, ob sie bestimmte Leistungen nicht im Gesamtpaket des Beitrages, das ein Mitglied zahlt, anbieten, sondern Abstufungen anbieten, z.B. eine Grundmitgliedschaft ohne Rechtsschutz? Auf jeden Fall muss über die Grundstrukturen der bisher selbstverständlichen, dauerhaften Bindung gründlich nachgedacht werden.

Nun zum DGB und zur Politikfähigkeit der Gewerkschaften. Auch hier stehen wir vor einem Wandel. In Zeiten der prosperierenden Wachstumswirtschaft war es relativ leicht, den dadurch präjudizierten Wohlstand in seiner ganz konkreten Ausprägung über gute Tarifpolitik und erfolgreiche Betriebsrats- und Personalratsarbeit zu verbreitern. Die fünfziger bis siebziger Jahre waren eine Erfolgsgeschichte der Tarifpolitik mit einer Wohlstandsmehrung, wie keine Generation zuvor sie jemals erahnt hatte. Dieses Wohlstandsmodell stößt an seine Grenzen, nicht zuletzt ökologische. Darüber hinaus glaube ich, dass die Lebenslage, beruflichen Chancen, sozialen Perspektiven der Menschen in Zukunft eher durch politische Weichenstellungen als durch gute Tarifverträge und erfolgreiche Betriebsratsarbeit geprägt sein werden. Wenn das so ist, werden wir die politische Durchsetzungskraft der Gewerkschaften pflegen müssen. Das bedeutet gleichzeitig, dass wir den DGB stärken müssen. Zumindest bei einer wissenschaftlichen Konferenz sollten wir nicht der Lebenslüge erliegen, als ob das gegenwärtig geschehe, das Gegenteil ist der Fall. Auch unsere ver.di-Gründung ist, selbst wenn wir es nicht wollen, eine Schwächung des DGB. Daran ändert sich nur etwas, wenn wir den DGB durch gezielte Reformschritte stärken. Das heißt, wir müssen ihm Mittel geben, Kompetenz zuweisen und ihn unabhängiger stellen von dem direkten Draht der Gewerkschaftsvorstände. Ein Stückchen mehr Autonomie und Basisbezug ist notwendig, wenn der DGB selbst kampagnenfähig werden soll. Gegenwärtig ist das kaum mehrheitsfähig, die herrschende Meinung ist fixiert auf das alte Bild der gewerkschaftlichen Autonomie, das in der prosperierenden Wirtschaft mit der Erfolgsgeschichte der Tarifverträge hervorragend funktioniert hat. Aber es hat heute eben nicht mehr dieselbe Grundlage wie in der Vergangenheit. Ich halte die Stärkung des DGB aus einem zweiten Grund für notwendig: Die Gewerkschaften könnten im Zuge der wachsenden Arbeitslosigkeit und im Zeichen der Internationalisierung der Wirtschaft in wachsendem Maße der Versuchung erliegen, eben nur die Interessen einer Branche, eines Standortes oder derer, die drin sind, zu vertreten. Will man dem entgegenwirken, braucht man einen starken, mit eigener Autorität ausgestatteten, verallgemeinerungsfähigen DGB. Auf Globalisierung und Europäisierung haben sich die Gewerkschaften bis jetzt zu wenig vorbereitet. In einem ersten Schritt muss begonnen werden, die Tarifpolitik innerhalb Europas grenzüberschreitend zu koordinieren, zumindest in vergleichbaren Wirtschaftsräumen. Bis zu einer wirklich verbindlichen Koordinierung der Tarifpolitik liegt noch ein langer Weg vor uns.